

Schwäbisches Tagblatt vom 14.2.08

Teilhabe statt Armut

Viel Sympathie für Grundeinkommen, aber Zweifel an Durchsetzbarkeit

TÜBINGEN (ran). Ein Grundeinkommen, das Armut verhindert, die Gesellschaft gerechter, Arbeitnehmer weniger erpressbar und Bürokratie überflüssig macht – das fände gewiss viele Befürworter. Doch die vorliegenden Modelle sind noch längst nicht ausgereift, zeigte eine Podiumsdiskussion der SPD am Dienstag im Tübinger Bürgerheim.

Vor an die siebzig Zuhörerinnen und Zuhörern eröffnete der Tübinger Autor Joachim Zelter den von Heiner Grub moderierten Abend mit beklemmenden Passagen seines Romans „Schule der Arbeitslosen“. Was also tun in einer Gesellschaft, der dank ständig steigender Produktivität womöglich die Arbeit ausgeht? Die Tübinger SPD verfolgt die Idee eines „sozialdemokratischen Grundeinkommens“ für jeden. Es soll durch einen Bonus ergänzt werden, der an eine Leistung für die Gesellschaft geknüpft ist (etwa Erwerbsarbeit, Ehrenamt, Pflege). Ein solches Modell, meint die SPD, schaffe mehr Sicherheit und lege zugleich „die Grundlage für die in unserer Gesellschaft dringend benötigte Risikobereitschaft und die daraus erwachsende Innovationskraft“.

Auf Parteitagungen wurde das Modell bisher nicht diskutiert. Das ging der Rhein-Erft-SPD mit ihrem Entwurf ähnlich. Deshalb holten sich die Tübinger Genossen Bernd Caumanns von dort aufs Podium. „Wir können uns das erste Mal seit langer Zeit wieder an die Spitze einer Diskussion stellen, die die Gesellschaft voranbringt“, warb er für die „Vision“.

Thomas Poreski aus Reutlingen stellte in einem Schnelldurchgang die bei den Grünen diskutierte Idee eines bedingungslosen Grundein-

kommens vor. Hintergrund seien die weit verbreiteten Abstiegsängste nach der Einführung von Hartz IV, die wachsende Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse, die immer weiter auseinanderklaffende Schere von Arm und Reich.

Poreski rechnete vor, dass die von Grünen, Verdi, der Linken und Teilen der SPD geforderten Verbesserungen bei Hartz IV das Sozialsystem rasch sprengen könnten, weil immer mehr Anspruchsberechtigte besser gestellt wären als Beschäftigte.

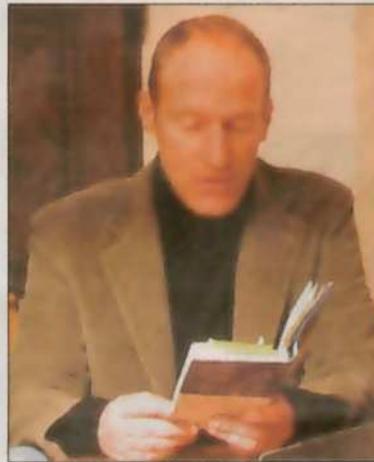
„Das liegt nicht daran, dass Hartz-IV-Bezieher zu viel kriegen, sondern dass Normalverdiener zu wenig verdienen“, stellte er klar.

Abhilfe solle ein Grundeinkommen schaffen, das Bedürftigkeitsprüfungen weitgehend überflüssig mache. Es soll – anders als beim Drogeriemarkt-Chef Götz Werner – durch Steuern auf Arbeitseinkom-

men, Vermögen und Erbschaften, aber auch durch ökologische Verbrauchssteuern finanziert werden. Es werde nicht nur die Lage der Arbeitslosen, sondern auch der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen verbessern, versprach Poreski.

Das bezweifelte Martin Gross, Bezirksgeschäftsführer von Verdi. Die vergangenen Jahre seien von einer Entdemokratisierung der Wirtschaft geprägt gewesen. Hartz IV und der Wegfall aller Schranken für Leiharbeit hätten die Löhne gedrückt, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften geschwächt: „Wir haben eine Situation, in der die Konzerne die Politik bestimmen.“ Da werde sich keinerlei Systemwechsel durchsetzen lassen, der tatsächlich der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt.

Statt eines „Fürsorgestaats“ brauche man einheitliche Bedingungen in der EU, „eine bessere Verteilung der Arbeit, mehr Demokratie und mehr Mut der Politik, sich mit den Konzernen anzulegen“, forderte Gross, der auch den gesellschaftlichen Stellenwert von Arbeit betonte: „Teilhabe ist etwas anderes als eine minimale materielle Versorgung.“



Joachim Zelter las aus seinem Roman „Schule der Arbeitslosen“. Archivbild